

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Abdruck dieses Blattes ist ohne Genehmigung des Verlegers verboten. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse in Wilsdruff und Umgegend trägt der Verfasser. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse in Wilsdruff und Umgegend.



Abdruck dieses Blattes ist ohne Genehmigung des Verlegers verboten. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse in Wilsdruff und Umgegend trägt der Verfasser. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Nachrichten über die Ereignisse in Wilsdruff und Umgegend.

Ersteinstellt

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Böttig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 105

Sonntagabend den 6. Mai 1922.

81. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Der 1. Nachtrag zur Satzung des Krankenhausesverbandes Wilsdruff, der im wesentlichen Bestimmungen über die Zusammenfassung und Befugnisse des Krankenhaustausausschusses enthält, ist vom Ministerium des Innern genehmigt worden. Meissen, am 29. April 1922. V W. 17 b Die Amtshauptmannschaft.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Lloyd George hat in Genua den deutschen Reichskanzler und den Außenminister zu einer Besprechung der politischen Lage zu sich gebeten.
- * Der französische Kabinettsrat beschloß, in der russischen Frage unbedingt mit Belgien den bisher vertretenen gemeinsamen Standpunkt beizubehalten. Barthou kehrt nach Genua zurück.
- * Der Reichsminister Dr. Gernig äußerte in einer Besprechung mit den Parteiführern die Hoffnung, daß es gelingen werde, eine internationale Anleihe im Höchstbetrage von vier Milliarden aufzunehmen. Der Reichstag möge vorläufig nicht zusammentreten, solange die Konferenz von Genua noch tagt.
- * Die Berliner städtischen Arbeiter haben aus Anlaß der Zwischensache vor dem Reichsgericht einen 24-stündigen Proteststreik durchgeschickt.
- * Präsident Harding hat im amerikanischen Kabinett geberbt, Sowjetrußland anzuerkennen. Staatssekretär Hughes wehrt dagegen Widerstand.
- * Der Dollar notierte an der Donnerstagbörse in Berlin mit 285 bis 288.

Positive Arbeit.

Von der ersten zur zweiten Vollziehung der Genuefer Konferenz war die Aufmerksamkeit der Welt im großen und ganzen so gut wie ausschließlich auf die Verhandlungen der ersten sogenannten politischen Kommission gerichtet, in der die russische Frage nahezu allein behandelt wurde. Darüber hinaus hatte man noch allenfalls Sinn für die Vorkonferenzen der Tagung, für Protokolle, die aufschlüsselten und niederschrieben wurden, für allerhand Menschliches, alles Menschliches. Aber daneben liefen die Arbeiten der anderen Ausschüsse her, die in aller Gründlichkeit zu Ende geführt wurden, um jetzt von der Vollkonferenz in ihren Ergebnissen bekannt zu werden. Die Vollversammlung hat über die vorerwähnten Resolutionen eine mehr oder weniger wohlklingende Sauce ausgegossen und ist in voller Beisehung über das vollbrachte Werk wieder auseinander gegangen.

Doch in Wirklichkeit, was hat man zumeist gebracht? Nichts weiter als neue Resolutionen zu den unzulänglichen alten, die schon bei früheren Zusammenkünften gefaßt waren? Oder erhebt sich das Ergebnis von Genua vor den Schöpfern der Vorjahre noch durch etwas anderes als als dadurch, daß man altbekannte oder neue Wahrheiten in neue Formen umgibt? Der Verleihenrat behauptete, die Genuefer Finanzverhandlungen hätten, obwohl man sich in einigen Punkten an die Brüsseler Finanzbeschlüsse von 1920 habe erinnern müssen, doch mehr als eine bloße Wiederholung von Brüssel. Innerhalb von Genua wird man ihm darin nur bedingt zustimmen. Einmal wird über die Stabilisierung der Währung viel Schönes und Wahres gesagt. Sie ist das Hauptverdienst für den Wiederaufbau Europas, werde aber verhindert durch die unbegrenzte Vermehrung der Zahlungsmittel, und man müsse deshalb zunächst der Notenpresse Beschränkungen auferlegen. Also Herabsetzung der Staatsausgaben! Ist das die Lösung des Problems der Weltwirtschaft, das man sich als Ziel aufzustellen wünscht; daß es aber im Ausmaß unerreicht ist, muß auch die Finanzkommission offen zugeben. Deshalb will man auswärtige Anleihen als zeitweilige Ausnahmen zulassen. Vor allen Dingen aber müßten die Schwankungen in der Kaufkraft des Geldes verhindert werden. Aber wie? Darüber müßten die großen Zentralbanken sich schuldig werden, und zu diesem Zweck sollen sie bekanntlich von der Bank von England zu einer Sonderkonferenz zusammenberufen werden: unter Mitwirkung der Vereinten Staaten, da ohne diese keinerlei Sanierungspläne praktisch durchzuführen seien. Habe man erst die Währungsinstabilität, so ergäbe sich dann von selbst eine Lösung des Problems der Weltwirtschaft, und damit wiederum sei man einer Regelung der Kreditfrage näher gekommen. Ob diese Beschlüsse wirklich einen irgendwie praktisch zu nennenden Charakter aufweisen, kann dahinstehen. Eher darf man das von der geplanten Gründung der Zentralen Internationalen Korporation mit angelegentlich nationalen Gesellschaften gleicher Art behaupten, für die das nötige Kapital in Höhe von 20 Millionen Pfund Sterling aufgebracht werden soll. Man wird damit eine Art finanzielles Weltgericht erhalten, mit dem Unterleib, daß dieses politische Organ bis jetzt wenigstens nahezu ausschließlich unter französischen Rechtsvorzeichen gestanden hat, während die neue Zentralbank nach den Beschlüssen von Genua unter britischen Weisungen stehen soll. Die Väter dieser Beschlüsse vertreten nicht, daß diese nur zum Teil sofort durchgeführt werden können; sie glauben aber, mit ihrer Hilfe den finanziellen und wirtschaftlichen Verkehr zwischen

den Völkern der Welt, den freien Fluß des Kapitals, den Austausch der Güter erleichtern und fördern zu können. Nach den Reden, mit denen diese Vorschläge in der Vollziehung aufgenommen wurden, darf man nur auf eine sehr absehbare Begeisterung für dieses Ergebnis schließen. Reichlich Wasser in den Wein schüttete schon der französische Vertreter Ricard, indem er das Programm lebhaft als einen „Entwurf eines praktischen Studiums“ gelien ließ. Der Italiener ließ keinen Zweifel darüber, daß die Hauptarbeit auch für diese Finanzfrage auf politischem Gebiet zu leisten sei, und der Schweizer und der Holländer stimmten gleichfalls darin überein, daß vorher die Probleme politischer, sozialer und moralischer Natur zu lösen seien würden, ehe man zu einer befriedigenden Neugestaltung dieser großen Wirtschaftsaufgaben gelangen könne. Bundesrat Schulthess bezeichnete es sogar als notwendig, dem Problem der internationalen Verschuldung „entschlösse die Stirn zu bieten“, womit die leidige Reparationsfrage schon ziemlich deutlich getreift war. Aber jedenfalls, mit der Gründung eines internationalen zentralen Bankinstituts wird wenigstens eine Reizquelle geschaffen, aus der, wenn die Dinge auf lauten, dem europäischen Wirtschaftsleben neues Blut zuströmen kann.

Tagt der Oberste Rat?

Barthou und Poincaré wieder einig.

Die Rede Barthous nach Paris, von der manche politischen Kreise den Rücktritt Barthous erwarteten, hat ganz im Gegenteil sehr rasch zu einer völligen Einigung zwischen Poincaré und seinem Genuefer Vertreter geführt. Nur weiß man nicht recht, auf welcher Grundlage diese Einigung beruht. Die amtliche Meldung über den

Pariser Kabinettsrat,

an dem Barthou teilnahm, besagt nur, daß Herr Poincaré Herrn Barthou im Namen aller Minister für das Talent und die Autorität dankte, die er in Genua aufgebracht hat, um die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und gleichzeitig die französischen Interessen zu verteidigen. Die französische Regierung hat daraufhin einmütig festgestellt, daß Frankreich nichts von Belgien trennt. Herr Barthou wird Freitag morgen die Rückreise nach Genua antreten.

Räheres über den Verlauf des Kabinettsrates ist noch nicht bekannt. Die Mitteilung über die Rückreise Barthous nach Genua wird aber allgemein dahin ausgelegt, daß nicht nur über den französisch-belgischen Zwischenfall und die Denkschrift für Rußland, sondern auch über die sonstigen schwebenden Fragen eine Übereinstimmung zwischen Poincaré und Barthou erzielt worden ist. Ungelöst bleibt vorläufig die wichtigste Frage, ob der Oberste Rat noch vor dem 31. Mai tagt.

Besprechung der Reparationsfrage

zusammzutreten wird. In dieser Angelegenheit, die von entscheidender Bedeutung dafür ist, ob der 31. Mai alles, was in Genua aufgebaut wurde, wieder einreißen soll, besteht ein diametraler Gegensatz zwischen Lloyd George und Poincaré. Die englische Pressestelle in Genua teilt ausdrücklich mit, daß Lloyd George darauf besteht, daß die Signaturmächte des Vertrages von Versailles sich in Genua und nicht anderswo vor dem 31. Mai treffen sollen. Dem gegenüber wird aus Paris berichtet, daß die französische Regierung beschloß, an der von Lloyd George gewünschten Tagung des Obersten Rates nicht teilzunehmen. Sie sieht auf dem Standpunkt, daß diese Frage die Reparationskommission angehe und daß die Wünsche über die vorgeschlagenen Fragen erst verhandelt werden könnten, nachdem diese Kommission am 31. Mai ein Verzeichnis Deutschlands festgestellt haben werde.

Russische Einwände gegen das Memorandum.

Das in seinen Hauptzügen bekannte Memorandum der Alliierten über die russische Frage, das den russischen Wünschen in einzelnen Punkten aber wenig entspricht, hat demgemäß bei der russischen Delegation Widerstand hervorgerufen. Eine Antwort der Russen ist noch nicht erfolgt, besonders da die französische Zustimmung zu dem Memorandum noch fehlt, aber gesprächsweise hat Tschitschew schon auf die Hauptbedenken aufmerksam gemacht, welche sich bei den Russen gegen die alliierten Vorschläge erheben. Vor allem gilt das für die Punkte

Privatigentum und Anleihe.

Rußland könnte nicht eine Ausnahmevorschriftung zur Wiederherstellung der Konzeption eingehen. Es sei selbstverständlich, daß bei der Konzeptionserteilung in erster Linie die früheren Besitzer berücksichtigt werden müssen, weil in der Mehrzahl der Fälle kaum jemals ein anderer als dieser auftreten wird. Die Anleihefrage werde von den Alliierten nicht erst osama behandelt. In dem druck-

Arbeiten des Memorandums ist von ihr gar nicht die Rede. Die Russen haben in früheren Verhandlungen ihre Gegenrechnung auf 50 Milliarden Goldrubel beziffert und sich bereit erklärt, diese Gegenrechnung gegen die Streichung der Kriegsanleihen fallen zu lassen und die Verzinsung der Vorkriegsschulden — allerdings nach einem längeren Moratorium — zuzusichern, wenn uns dafür eine ausreichende Anleihe bewilligt wird. Das geschieht in dem Memorandum nicht. Die Fonds für den Wiederaufbau, von denen in der Einleitung des Dokumentes die Rede ist, würden sich auf etwa 50 Millionen Pfund belaufen. Die Russen aber brauchen einen Kredit in der Höhe von 2 Milliarden Dollar, einen Kredit, der der Regierung, also vom Staat zu Staat, gewährt wird. Trotz dieser Gegensätze glaubt man in Genua, daß die Russen ihre Antwort so eukritisch werden werden, daß die „Tür zum Verhandlungssaal“, die die Alliierten offen halten, nicht zugeschlagen wird.

Die Deutschen bei Lloyd George.

Niel Aufsehen hat es in Genua erregt, daß Lloyd George eine Einladung an Dr. Brüch und Dr. Rathenau geschickt hat, ihn zu einer politischen Besprechung in seiner Villa aufzusuchen. Man sieht dieser Unterredung große Bedeutung bei, da man glaubt, daß sie sich auf die allgemeine Wirtschaftslage und im Zusammenhang damit vielleicht auch auf die Schuldenfrage und auf die nächste Außenpolitik Deutschlands beziehen soll. Es scheint, daß die bisherige Ententepolitik an einem Wendepunkt angelangt sei, und daß Lloyd George sich daher über neue außenpolitische Möglichkeiten Englands gegenüber dem neugegründeten deutsch-russischen Wirtschaftsblock orientieren wolle. Natürlich müssen solche Genuefer Vermutungen zunächst mit Vorsicht aufgenommen werden.

Die Nationalität der Nordfriesländer.

Option für Deutschland oder Dänemark.

(DA.) Bekanntlich haben nach dem Verfall der Verträge die Bewohner des abgetretenen nordfrieswiger Gebietes innerhalb zweier Jahre nach der Abtretung Zeit, für Deutschland oder für Dänemark zu optieren. Diese Zeit läuft am 14. Juni d. J. ab. Wer also für Dänemark optieren will — und das Recht dazu haben auch geborene Nordfriesländer, die in Deutschland wohnen, die sich aber die Rückkehr in die Heimat offen halten wollen —, hat dies bis zum 14. Juni durch Erklärung bei einem dänischen Kreisamtmann, bei dem Magistrat in Kopenhagen, bei einer dänischen Konsulatschiff oder bei einem dänischen Generalkonsulat schriftlich oder mündlich zu tun. Die rechtliche Wirkung der Optionserklärung tritt sofort ein, d. h. die dänische Staatsangehörigkeit wird sofort erworben. Besteht aber der in Deutschland wohnende Optant seinen Wohnsitz nicht innerhalb von zwölf Monaten, so wird die Option ungültig und er erwirbt die deutsche Reichsangehörigkeit zurück.

Die Frist zur Option für Deutschland ist bis zum 31. Dezember d. J. verlängert worden, da noch keine Ausführungsbestimmungen für die Option vorliegen. In Dänemark wohnende Militärschlichtige, die für Deutschland optiert haben, sind 12 Monate lang von der Verpflichtung zum dänischen Militärdienst freigelassen. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Staatsangehörigkeit einer Person entscheidet eine gemischte Kommission. Optionserklärungen können abgeben Männer, unverheiratete, verwitwete und geschiedene Frauen nach Vollendung des 18. Lebensjahres. Die Staatsangehörigkeit des verheirateten Mannes gilt auch für die Ehefrau und die noch nicht 18-jährigen ehelichen Kinder.

Proteststreik.

Unfreiwillige Kalfeder der Berliner.

a. Berlin, 4. Mai.

Ein großer Teil der Berliner Betriebe mußte heute wieder einmal feiern: die städtischen Arbeiter hatten es so bestimmt, und was die städtischen Arbeiter bestimmen, ist für Berlin schon längst Gesetz. Also hielt der elektrische Strom strengste Sonntagsruhe, also brannte in den Häusern das Gas nur mit unscheinbaren, schwachen Flämmchen oder auch gar nicht, und also verkehrte selbstverständlich in dem größten Teil der Reichshauptstadt keine Straßenbahn. Man ist das hier schon so gewöhnt, daß man sich kaum noch darüber sonderlich aufregt und das Unnormale mit Würde und Gelassenheit über sich ergehen läßt. Auf Namen und Art des Streiks kommt es dabei gar nicht an: Proteststreik, Abwehrstreik, Lohnstreik — es ist, wie man zu sagen pflegt, Jodel wie Jose. Nur der historischen Wahrheit zuliebe sei erwähnt, daß der Streik diesmal zur Abwechslung wieder unter dem Namen „Proteststreik“ zu verzeichnen ist.

Die städtischen Arbeiter haben, wie schon gemeldet, vorerst vor dem Rathaus, in dem die Väter der Stadt über